

Staatskanzlei

Information

Rathaus

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 70

Telefax 032 627 22 75

kanzlei@sk.so.ch

www.so.ch

Medienmitteilung

Nein zu den geplanten Erhöhungen der Wasserzinse

Solothurn, 16. Dezember 2008 – Der Regierungsrat lehnt in seiner Vernehmlassungsantwort an das Bundesamt für Energie die Parlamentarische Initiative zur Änderung des Wasserrechtsgesetzes ab, wonach die Wasserzinse erhöht werden sollen.

Die geplanten Erhöhungen bei den Wasserzinsen würden unweigerlich zu einer erneuten Verteuerung der Strompreise führen. Der Regierungsrat erachtet dies angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation als nicht angebracht. Gerade die sehr energieintensiven Industriebetriebe im Kanton Solothurn (insbesondere das Stahlwerk Gerlafingen und die Papierfabrik Biberist) leiden unter den durch die Massnahmen des Bundes immerhin in der Zwischenzeit reduzierten Strompreiserhöhungen und wären erneut betroffen, würden die erhöhten Wasserzinse auf den Strompreis überwälzt.

Gerade diese Betriebe werden im übrigen besonders hart durch die durch die Finanzkrise ausgelöste Konjunkturschwäche betroffen. Es wäre weiter kaum nachvollziehbar, wenn der Bundesrat auf der einen Seite mittels Verordnungsänderungen dieser Tage die Preiserhöhungen der Stromwirtschaft eindämmt, aber auf der

anderen Seite diese Massnahmen durch die Erhöhung von Wasserzinsen zumindest teilweise gleich wieder wettgemacht würden.

Weitere Auskünfte erteilt:

Dr. Andreas Bühlmann, Chef Amf für Finanzen, 032 627 20 95